

Lagebericht aus dem Land der straffen Output-Steuerung

Unbehagen an der englischen Bildungspolitik

Der jüngste Labour Parteitag hat dem angeschlagenen Premierminister eine zweite Chance gegeben. Jetzt will Tony Blair im Wahlkampf mit Bildungspunkten. Aber auch auf diesem Feld ist er mit seiner Linie nicht unumstritten.

Zwar kann die Regierung auf Bildungserfolge verweisen, die sich auch in internationalen Leistungsvergleichen sehen lassen können. Ihre bildungspolitischen Instrumente stoßen jedoch auf weitgehende Ablehnung bei den Betroffenen. Viele Lehrkräfte und Eltern fordern die Abschaffung der nationalen Schülertests, mit deren Hilfe die Regierung die Leistungen der einzelnen Schulen bewertet und in Rangtabellen veröffentlicht. Neuerdings werden die Schulen auch an ihrem eigenen Vorjahresergebnis gemessen. Die dafür eingeführte Kategorie „value added“ verrät die Philosophie: Natürlich erwartet die Regierung, dass die Schulen sich in den Testergebnissen jährlich verbessern. Und wenn dies nicht der Fall ist, droht den Schulen der Entzug von Fördermitteln.

Kritiker, die die Schulvergleiche für unfair halten, können sich inzwischen auf eine Studie berufen, die im Auftrag des Schulministeriums erstellt wurde. Danach hängen 79% der Unterschiede in der „value added“ Kategorie davon ab, welche Leistungen die untersuchten Vierzehnjährigen beim Eintritt in die Gesamtschule mitbringen. Rund 20% der Unterschiede lassen sich mit dem Armutsfaktor erklären.

Unter dem Wettbewerbsdruck kommen fast alle Gesamtschulen der Regierungsempfehlung nach und sortieren ihre Schüler in den Hauptfächern nach Leistung. Einige staatliche Profilschulen haben von der Regierung das Privileg bekommen, 10% ihrer Schülerschaft nach Leistung aussuchen zu dürfen. Unter den Marktbedingungen machen natürlich einige Schulen davon Gebrauch. So wird unter „New Labour“ das Prinzip der sozialen Inklusion im englischen Gesamtschulsystem ausgehöhlt.

Während nach Schottland nun auch Wales zumindest auf Teile der zentralen Tests verzichtet und bei der Bewertung der Schülerleistung wieder mehr auf die Lehrkräfte vertraut, schwört die englische Regierung unverdrossen auf die Wirksamkeit des Testens. Dabei muss sie sich von ihren Kritikern vorhalten lassen, dass sie z. B. die selbst gesetzten Ziele für die Testergebnisse der 11-Jährigen bis heute nicht erreichen

konnte. Dies gilt auch als Hinweis darauf, dass dem output-orientierten Regierungsprogramm jegliches pädagogische Augenmaß verloren gegangen ist.

Eine Umfrage im Auftrag des englischen Schulministeriums hat ermittelt, dass die Sekundarschulen gegenüber den Primarschulen in der öffentlichen Schulzufriedenheit deutlich abfallen. Da die allgemeinen Verbesserungen im Primarschulbereich als wahlentscheidender Faktor für den Laboursieg in 2001 gelten, müssen die aktuellen Meinungsbilder die Regierung eher nachdenklich stimmen. Danach glaubt sogar ein Drittel der Befragten, dass die Leistungsstandards sich in den letzten drei Jahren dort verschlechtert haben. Neben dem Schulstress durch staatlich verordnete Leistungstests wer-



Die englische Regierung unter Tony Blair schwört unverdrossen auf die Wirksamkeit der nationalen Schulleistungstests. Viele Lehrkräfte und Eltern fordern ihre Abschaffung. Kann Blair – auf unserem Foto in einer primary school – mit seiner Bildungspolitik im Wahlkampf punkten?

den zu große Klassen und gravierende Disziplinprobleme bemängelt. Als einen Beleg für die Unzulänglichkeit des staatlichen Bildungssystems werten die Lehrgewerkschaften die steigende Zahl der Kinder, die zu Hause von ihren Eltern unterrichtet werden.

Die Konservativen interpretieren hingegen den kontinuierlichen Anstieg der erfolgreichen Schulabgänger mit universitärer Zugangsberechtigung (A-levels) als Ausdruck eines dramatischen Leistungsverfalls im Anspruchsniveau der Oberstufe. Die alljährlich im Sommer veröffentlichten Ergebnisse sind daher in den vergangenen Jahren der Opposition immer

willkommener Anlass für eine bildungspolitische Generalabrechnung mit der Regierung gewesen.

In diesem Sommer gab es ein Rekordergebnis: Von den ca. 36% der englischen Oberstufenschüler haben 96% den Abschluss bestanden. Die Regierung ist gleich in die Offensive gegangen mit der Parole „worth not birth“. Sie wirft der konservativen Opposition vor, für eine unzeitgemäße Politik sozialer Bildungsprivilegierung einzutreten und die Verdienste der Schulen und die Leistungen der SchülerInnen zu missachten. Gleichzeitig signalisiert sie Aufgeschlossenheit für den Vorschlag einer Kommission, die Prüfungsordnung so zu verändern, dass die Freiheit der SchülerInnen in der Wahl ihrer Prüfungsfächer eingeschränkt wird. Es ist sicherlich kein Zufall, dass sie in der öffentlichen Darstellung die Verbindung von sozialer Mobilität und individuellen Bildungsanstrengungen hervorhebt, wohl aber den Begriff der sozialen Gerechtigkeit vermeidet. Schließlich will sie die neuen bildungsambitionierten Mittelschichten umwerben.

Ihren linken Traditionswählern mutet sie allerdings jede Menge zu. So wie die Dinge liegen, bleibt z.B. das Privatschulsystem in seiner steuerlichen Begünstigung völlig unangetastet. Ein neuer Gesetzentwurf wird den Privatschulen den Status der Gemeinnützigkeit nicht aberkennen, obwohl mit Recht gefragt werden kann, worin die Gemeinnützigkeit einer Bildungseinrichtung besteht, die mittels Elternbeiträgen von lockerem 25.000 Euro jährlich die soziale Exklusivität für ihre Klientel sichert.

Die günstigen Ausgangsbedingungen für die weitere Erschließung des Privatschulmarktes in Großbritannien will sich eine Gesellschaft zunutze machen, die mit Hauptsitz in Dubai unter dem Namen Gem, Global education management systems, für ihre Privatschulen wirbt. Mit einem deutlichen Preisnachlass will sie unzufriedene Eltern mit einem nicht ganz so opulenten Einkommen einfangen. In den nächsten fünf Jahren will Gem 150 private Schulen in England auf den Markt bringen. Auf den europäischen Kontinent und insbesondere auf Deutschland hat sie auch schon ein

Foto: bpa

Auge geworfen. Die Kluft zwischen Arm und Reich nach Einkommen und Vermögen hat sich unter New Labour vergrößert.

Eine aktuelle Studie hat dies festgestellt. Auch die Armutsrate von Kindern liegt im internationalen Vergleich höher als in anderen europäischen Staaten. Wenn die Pläne von Gem aufgehen, wird die englische Bildungslandschaft sich nachdrücklich verändern und sich auch bildungspolitisch die Spaltung der Gesellschaft in arm und reich vertiefen. Nachdem mit der Einsetzung von Alan Milburn zum Chefstrategen das Marktprinzip im Kabinett gestärkt wurde, scheint die Regierung in einem Punkt zurückzurudern: Das Privileg der Schülerschaft für die Profilschulen soll zurückgenommen werden.

BRIGITTE SCHUMANN / ifenici@aol.com